

Das Beispiel Preungesheim

Dokumentation der „Initiative für eine bessere Kriminalpolitik

Beweis dafür, daß heute ein Gefängnisneubau die vorhandene Überbelegung nicht verringert und auch die Untersuchungshaft nicht menschenwürdig zu gestalten vermag

Die Ausgangslage (1965)

In Frankfurt/M ist das Untersuchungsgefängnis Hammels-gasse (Baujahr 1905) zu klein geworden. Es herrschen äußerst mangelhafte hygienische Zustände (z. B. das Kübelsystem, d. h. blecherne Kübel statt Wasserklosetts, Kanne und Schüssel statt fließendem Wasser) und eine furchtbare Überbelegung (drei Personen in einer Einmannzelle). Aktuelle Belegungszahl 1967: 430 Häftlinge.

Das Ziel . . . ist klar:

Jeder Untersuchungsgefangene hat nach der Menschenrechtskonvention (und nach der Novelle zur Strafprozeßordnung von 1964) das Recht auf eine Einzelzelle. Die Gestaltung der Haftbedingungen soll menschenwürdig werden.

Die Pläne . . . sind noch undeutlich:

In der Öffentlichkeit werden im wesentlichen zwei Pläne genannt (Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 23.6.67):

- a) Bau eines riesigen neuen Gefängnishochhauses. Kostenschätzung ca. 14 Mio. DM.
 - b) Entlastungsbau sowie Modernisierung des Altbaues, so daß dort noch 200–300 Häftlinge unter menschenwürdigen Bedingungen untergebracht werden können.
- Der Justizminister hält Plarr (a) für zu teuer.

Die Entscheidung . . . wird teurer als erwartet:

Im September 1967 gibt Justizminister Strelitz die Absicht bekannt, ein neues Gefängnishochhaus zu bauen. Für 520 neue Haftplätze sollen etwa 20 Mio. DM ausgegeben werden. Geld scheint also überraschenderweise keine Rolle zu spielen bei diesem Gefängnisneubau!

*Der Bau . . . wird größer als beabsichtigt.
Aber menschenwürdig soll er werden:*

Acht Monate später (im Mai 68) beginnen die Ausschreibungen für

den Bau eines zehnstöckigen Untersuchungsgefängnisses: *520 neue Plätze* sollen *17,5 Mio. DM* kosten (FAZ vom 23.5.68).

Am 1.4.69 ist Baubeginn. Das Staatsbauamt verkündet: *510 neue Haftplätze* sollen voraussichtlich *20 Mio DM* kosten (Frankfurter Neue Presse (FNP) vom 28.4.70).

Im Mai 70 erklärt der Anstaltsleiter des alten Gefängnisses, daß im neuen Gefängnis *600 Häftlinge* untergebracht werden sollen – 200 mehr als im alten. Die *Zahl der Aufseher* dagegen solle praktisch gleich bleiben: *100* statt bisher *95* (laut Frankfurter Rundschau (FR) vom 21.5.70).

Am 15.10.70 ist Richtfest. Nun sind es plötzlich sogar *560 neue Haftplätze* (laut FAZ). Der Justizminister Hemfler erklärt: „Die neue Anstalt solle den Anforderungen entsprechen, die die Menschenwürde und die rechtliche Situation der Untersuchungsgefangenen verlangten. Häuser mit einem menschenwürdigen Haftvollzug zu bauen gehöre zur Politik der sozialen Verantwortung, die die hessische Landesregierung zur Richtschnur ihres Handelns gemacht habe.“ (laut FAZ vom 16.10.70) Und: „Das unantastbare Prinzip, nach dem jeder Verdächtige solange als unschuldig zu gelten hat, bis er rechtskräftig verurteilt ist, bedingt in jedem Falle eine humane, großzügige Behandlung und Unterbringung von Untersuchungsgefangenen.“ (laut FR vom 16.10.70)

Ein Vierteljahr später fordert der SPD-Landtagsabgeordnete Willi Koch neue Mittel für den Gefängnisausbau, „da es an der Zeit sei, den Häftlingen in Hessen einen differenzierten und rehabilitierend wirkenden Strafvollzug zu gewährleisten.“ (laut FAZ vom 28.1.72)

Am 28.5.73 beginnt der Umzug der Gefangenen in das neue Gefängnishochhaus.

Endgültige Belegfähigkeit: *613 Gefangene*

Endgültiger Kostenaufwand: *21 Mio. DM*

Die Gefängnisleitung wünscht eine Erhöhung der *Bedienstetenzahl* auf *150*.

Die Verantwortlichen strahlen Optimismus aus: Regierungsdirektor Wachter, der Leiter des alten wie des neuen Gefängnisses, will es den U-Häftlingen „so menschlich wie möglich machen“ (laut FR vom 30.3.73). Die Presse lobt die neuen Zellen: „Das emaillierte Wasserklosett ersetzt den blechernen Kübel, statt Kanne und Schüssel gibt es jetzt fließend Wasser, wo kein Spind war, ist jetzt einer, und die Anhänger der Trockenrasur dürfen ihre eigene Steckdose benutzen.“ Außerdem gibt es „vier Radioprogramme (Frankfurt I, II und III sowie Funk für Ausländer), Sportgeräte, Gemeinschaftsduschen. Spaziergänge unternimmt man in den Höfen des fünften und siebten Stocks, die vor Zugluft noch geschützt werden sollen.“ „Anwälte und Besucher treffen sich mit dem Gefangenen in besonderen Räumen.“ (FR vom 30.3.73)

Also lauter eitel Sonnenschein – der menschenwürdige U-Haftvollzug kann endlich beginnen. Ein paar wenige Schattenseiten gibt es jedoch, wie es scheint: „In der vom Staat für 40 000 Mark eingerichteten Zelle versperrt eine betonierte Sichtblende den Blick auf Frankfurt und Rhein-Main. Außerdem verwehrt sie Sonneneinstrahlung.“ (FR vom 30.3.73)

Des weiteren gibt es „mannshohe Käfige in den Aufzügen sowie die viereinhalb Meter hohe Umfassungsmauer.“ (FR vom 30.3.73)

Dennoch alles in allem: Nach dem in der Öffentlichkeit erweckten Eindruck scheint nun endlich ein menschlicher Untersuchungshaft-vollzug beginnen zu können – in einer neuen, großen, modernen Anstalt.

Doch was geschieht wirklich?

Erste düstere Warnungen . . . kommen viel zu spät:

Kurz vor der Eröffnung des neuen Gefängnisses hatten sich 34 reputierliche Personen (darunter Dorothee Vorbeck, Heinz Brandt, Jürgen Roth, Karl Markus Michel, Alexander Kluge) zu einem „Komitee zur Aufklärung über Gefangene / Initiative gegen die Folter“ zusammengeschlossen und Proteste gegen die Öffnung des neuen Gefängnisses angekündigt. Sie kritisierten die „betonierten Sichtblenden vor den Zellenfenstern, mannsgroße Käfige in den Aufzügen und Isolierzellen ohne Bett und Stuhl in jedem Stockwerk“ (laut FR vom 14.5.73).

In einer gemeinsamen Erklärung des Allgemeinen Studentenausschusses der Frankfurter Universität und der Jungsozialisten heißt es, die neue U-Haftanstalt übertreffe „in ihrer Architektur und ihrer Einrichtung die düstersten Utopien der Nazi-KZ-Baumeister“ (FAZ vom 25.3., FR vom 26.3.73).

Am 26.5.73 demonstrieren 1500 Menschen gegen die Eröffnung des neuen Gefängnisses. Zur gleichen Zeit treten über 100 Gefangene in der alten Anstalt in einen 24stündigen Protesthungerstreik. Die Forderungen der Gefangenen:

„Mehr und längere Besuche unserer Angehörigen und Freunde, bessere ärztliche Betreuung, Abschaffung der permanenten Isolierung, bessere Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten, psychologische Betreuung durch Fachkräfte, Mitbestimmung und -verantwortung, Entfernung der Blenden.“ (laut FR vom 28.5.73)

Das Justizministerium versucht zu beschwichtigen: Das Komitee wird zur Besichtigung eingeladen, doch es bleibt bei seiner Kritik – etwa an den Spazierhöfen, die „Tiefgaragen ähneln und zugig sind“ (laut FR vom 5.6.73). Das Justizministerium verweist auf das „breite Angebot im Gemeinschaftsprogramm“ (laut FR vom 5.6.73) – und muß gleichzeitig zugeben, daß es an Aufsichtspersonal fehlt; aber wo keine Aufsicht, dort kein Gemeinschaftsraum (FAZ vom 5.6.73). Von den geplanten 150 Personalstellen sind ganze 94 besetzt – das sind 60 %.

Und sogar die angesehene Frankfurter Allgemeine Zeitung kommentiert anläßlich der Eröffnung sehr nachdenklich-kritisch: „Kein Raum in diesem Gefängnis läßt einen auch nur für Sekunden vergessen, daß es ein Gefängnis ist. . . . Kein Zweifel, es gibt Menschen, die in derartigen Zwingburgen eingeschlossen werden müssen, gegen die sich Staat und Gesellschaft nicht anders wehren können. „Doch sind es wirklich mehr als fünfhundert Verdächtige, denen in Preungesheim rechtens Licht, Luft und Kontakte kontrolliert werden müssen?“

(FAZ am 5.6.73) Das genau ist die entscheidende Frage. Und das war 1973. Heute, 1981, sind in dieser Zwingburg sogar bis zu 950 Menschen eingeschlossen.

*Die neuen Übelstände werden offenkundig . . .
und haben die alten Folgen:*

Zwei Monate nach Eröffnung des neuen Gefängnisses beklagt der CDU-Landtagsabgeordnete Dietrich Meister die „ganz offenkundig

personelle Misere“ dort. Der *Fehlbestand von 50 Bediensteten* müsse durch „mehr als vierzig Überstunden monatlich und komplizierte Urlaubsregelungen“ aufgefangen werden. „Eine Reihe von modernen Einrichtungen – so ein Sportplatz – könne wegen des Fehlens von Personal nicht benutzt werden. (laut FAZ vom 7.8.73)

Zwei Monate nach Eröffnung berichtet die Presse bereits über den zweiten Selbstmordversuch im neuen Gefängnis (FAZ vom 14.8.73).

Der New-Yorker Rechtsprofessor und Strafvollzugsexperte Gerhard Mueller beurteilt das neue Gefängnis nach einer Besichtigung als „enormer Käfig ohne Behandlungsprogramm – „technisch perfekt, menschlich unmöglich.“ (laut FR vom 15.11.73)

Ein halbes Jahr nach Eröffnung berichtet die Presse über Gefangenestreiks, Prügeleien zwischen Aufsichtsbeamten und Gefangenen und anderen Vorkommnissen. Die Staatsanwaltschaft soll ermitteln. (FR vom 23.1.74)

Und die Lage verschlimmert sich mehr und mehr. Besonnene Warnungen vermögen daran nichts zu ändern. Auch nicht der offene Brief, der von einer Gruppe von Theologen, Juristen und Bewährungshelfern verfaßt wurde, die sich in der Evangelischen Akademie Arnolds-hain mit Untersuchungshaftvollzug auseinandergesetzt hatten; darin wurde „nachdrücklich davor gewarnt, den gravierenden Vorfällen in Preungesheim mit einer weiteren Verstärkung der Sicherheitsvorkehrungen und Kontrollen zu begegnen“ (laut FAZ vom 21.4.76). Doch genau das geschah.

Die „Freizeit“ der Untersuchungsgefangenen wurde im Dezember 75 drastisch beschnitten – neueingelieferte Gefangene werden zwei Monate lang davon völlig ausgeschlossen. Die zwei neuen Wachtürme und die drei hohen Stacheldrahtrollen auf der Gefängnismauer erhöhen vielleicht die äußere Sicherheit, gewiß aber nicht die fehlende Menschlichkeit des Preungesheimer Vollzuges. Die Presse greift erneut das Stichwort von der betonierten Inhumanität auf (FR am 21.5.76).

Im Jahr 75 registrierten die offiziellen Statistiken in diesem neuen Gefängnis 6 Selbstmorde, 25 „ernsthafte“ Selbstmordversuche, 42 Selbstbeschädigungen, 161 Hungerstreiks. Mit diesen 6 Selbstmorden im Jahr lag das neue Gefängnis an der Spitze aller bundesdeutschen Haftanstalten. (Arbeitskreis Kritischer Strafvollzug in der FAZ vom 9.7.76)

Schließlich meldet die Presse am 1.6.76 auch noch, daß nach Aussagen des Justizministers die Anstalt mit damals 700 Gefangenen „bereits seit längerer Zeit überfüllt“ ist (FNP).

Damit ist der Beweis erbracht – denn:

Das Ende gleicht dem Anfang (1976)

Nicht einmal drei Jahre nach seiner Eröffnung ist das neue, größere Frankfurter Untersuchungsgefängnis seinerseits überfüllt. Und die Klagen über die Unmenschlichkeit des Vollzuges dort sind unüberhörbar: 23 Stunden am Tag in einer abgedunkelten Zelle bei Neonlicht, eine Stunde „Hof“gang in rundum zugemauerten oder undurchsichtig verglasten und vergitterten Etagenhöfen, fehlendes Personal, unzumutbare Wartezeiten (5–6 Stunden) für Besucher usw. Und natürlich wieder: zwei Gefangene in den Einmannzellen . . .

Was also ist, geschehen?

Am Anfang stand ein altes Untersuchungsgefängnis — überbelegt, menschenunwürdige Haftbedingungen.

Mit der erklärten Absicht des Justizministers, sowohl die Überbelegung als auch die unzumutbaren Haftbedingungen abzuschaffen, wurde ein neues, großes Untersuchungsgefängnis gebaut — die Untersuchungshaftanstalt Preungesheim.

Bei der Eröffnung sprachen alle vom Ende der Überbelegung und dem jetzt beginnenden menschlichen U-Haftvollzug.

Kaum drei Jahre nach Fertigstellung des 21 Mio.-Projektes (über 600 nagelneue Haftplätze) war der alte Zustand wiederhergestellt: Überbelegung und menschenunwürdige Haftbedingungen. Jetzt allerdings für 700 bis 900 Häftlinge anstatt der 350 bis 450 im alten Gefängnis.

(Sicherlich, die Form der Haftbedingungen hat sich geändert: blecherne Abortkübel und Sonnenlicht wurden eingetauscht gegen emaillierte WCs und Neonlicht hinter der Sichtblende. Aber die Auswirkungen auf den Gefangenen blieben die gleichen, wurden eher noch schlimmer: menschenfeindlich, lebensbedrohend.)

Die Lehre aus diesem Exempel:

Das Beispiel des neuen Untersuchungsgefängnisses Preungesheim zeigt hautnah:

Der Neubau eines Untersuchungsgefängnisses, die Schaffung immer neuer, „moderner“ Haftplätze vermag heutzutage weder die Überbelegung noch die (daraus sich ergebenden) menschenunwürdigen Haftbedingungen zu beseitigen.

Wer diese Übel beseitigen will, muß heute andere Wege gehen. Eine Beseitigung der Überbelegung der U-Haftplätze ist ja auch auf ganz anderen Wegen möglich:

durch erhebliche Beschleunigung der Strafgerichtsverfahren, durch entschieden maßvolleres Inhaftieren von Verdächtigen. (Die Bundesrepublik liegt mit Österreich uneinholbar an der Spitze gerade der westeuropäischen U-Haft-Ziffern: In Großbritannien, Frankreich, Schweden, aber auch z. B. in Japan beträgt die Rate der U-Gefangenen gar nur ein Viertel der bundesdeutschen!)

Das Beispiel des neuen Untersuchungsgefängnisses Preungesheim zeigt also unmißverständlich:

Der einzig erfolgversprechende Weg zum Abbau der Überbelegung in den Untersuchungshaftanstalten sind wirksame Änderungen der justizpolitischen Praxis — nicht aber der unaufhörliche Neubau von Haftplätzen.

Denn bei der derzeitigen Praxis wird jegliche Zahl neugebauter U-Haftplätze alsbald überfüllt sein — mit der automatischen Folge menschenunwürdiger Haftbedingungen.

Juni 1981